

## **Beschlussvorschlag (geändert):**

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt,

1. dass für die Hauptstraße (Dahlienweg bis Waldstraße) Parkflächen eingerichtet werden sollen und zunächst entsprechende Angebote eingeholt werden und
2. die anderen zu prüfenden Bereiche weiter überwacht und bei Notwendigkeit weitere Maßnahmen geprüft werden.
3. *die Verwaltung zu beauftragen, für die Bereiche Lenaustraße, Bahnhofstraße und Breslauer Straße eine Kostenschätzung zur Verfügung zu stellen.*

---

Ende der Sitzungsvorlage

## **Protokoll:**

**Ausschussvorsitzender Himmelrath, CDU**, fasst zusammen, dass im Wesentlichen vier Bereiche betrachtet würden. Die Verwaltung schlage vor, zunächst insbesondere die Hauptstraße umzusetzen, da es hier zu gefährlichen Situationen – u.a. im Zusammenhang mit den Bussen der RSVG – käme. In der Sprecherrunde wurde auch noch über weitere Bereiche gesprochen, jedoch müsse man klären, was in Anbetracht der Haushaltslage umsetzbar sei.

**Ausschussmitglied Buchholz, B90/Grüne**, merkt an, dass bereits in der Sprecherrunde im letzten Jahr festgestellt wurde, dass der Parkraum in der Lenaustraße neu konzipiert werden müsse. In der neuen Betrachtung hieße es hingegen, dass es lediglich zu geringen Beeinträchtigungen in Teilen der Lenaustraße käme. Seine Fraktion könne zwar verstehen, dass die Hauptstraße priorisiert behandelt werde, jedoch nicht, dass die Lenaustraße auf eine Stufe mit den restlichen Straßen gestellt werde.

**Die Verwaltung** stellt klar, dass sich die Unterscheidung zwischen Hauptstraße und den weiteren drei Straßen daraus ergebe, dass es bei den drei Straßen lediglich zu Beeinträchtigungen in der Leichtigkeit des Verkehrs käme, während es bei der Hauptstraße zusätzlich um die Sicherheit des Verkehrs gehe. Dies sei in der Vorlage auch ausdrücklich so benannt.

**Ausschussmitglied Kitz, CDU**, führt aus, dass man für eine fundierte Entscheidung wissen müsse, wieviel die jeweiligen Maßnahmen kosten würden und welche Posten im Haushalt hierfür zur Verfügung gestellt werden könnten.

**Die Verwaltung** legt dar, dass Fahrbahnmarkierungen in der Vergangenheit oftmals vom Bauhof durchgeführt worden seien. Sollten demnächst aber mehrere Maßnahmen umgesetzt werden, würde es sich um ein Volumen handeln, welches man dem Bauhof nicht mehr zumuten könne. Bei einer externen Vergabe könne

man davon ausgehen, dass die Umsetzung deutlich teurer werde. Das Budget für Fahrbahnmarkierung sei für den kommenden Haushalt bereits pauschal verdoppelt worden. Dennoch sollten Maßnahmen nur bei absoluter Notwendigkeit, wie z.B. wenn Gefahr im Verzug wäre, maßvoll umgesetzt werden.

**Ausschussmitglied Großgarten, SPD,** ergänzt, dass die Sicherheit oberste Priorität habe und man die Straßen anhand dieses Kriteriums in eine Reihenfolge bringen müsse. Anschließend könne man schauen, welche Straßen sich noch dieses Jahr und welche sich erst 2024 umsetzen ließen.

**Ausschussmitglied Nauroth, B90/Grüne,** fragt, warum in dem rund einen Jahr seit dem Vermerk der Verwaltung vom 18.01.2022 so wenig in der Thematik geschehen sei. Dort sei von einer Konzeption für die Lenastraße die Rede gewesen, jedoch habe es seitdem keinen neuen Sachstandsbericht im Ausschuss gegeben und auch bei den Bürgern wäre keine Information angekommen.

**Ausschussvorsitzender Himmelrath, CDU,** entgegnet, dass die Diskussion aus dem Ausschuss in die Sprecherrunde verlagert wurde, bei der auch Personen der Fraktion B90/Grüne anwesend gewesen seien. Dort wurde zusammen mit der Verwaltung ein Konzept erarbeitet, von dem einige Aspekte schon damals in den Arbeitskreis hätten eingebracht werden können.

**Die Verwaltung** fügt hinzu, dass ein Jahr lang die Möglichkeit bestanden habe, Fragen an die Verwaltung zu richten, die Anfrage dann jedoch erst einen Tag nach Versendung der Einladung zur Ausschusssitzung gestellt wurde.

**Ausschussmitglied Kitz, CDU,** weist darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage auf Seite 19 unter „Weitere Straßen“ Bereiche fehlen würden, die ursprünglich ebenfalls genannt wurden. Dabei handele es sich um die „Bergheimer Straße“, die „Oberdorfstraße“ sowie die „Rheinallee“. Letztere sei insbesondere an den Wochenenden während der warmen Witterungsperiode so stark von parkenden Fahrzeugen frequentiert, dass die Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge z.T. drastisch erschwert werde. Auf den Seiten 16-17 der Sitzungsvorlage sehe man, wie viele Gedanken sich die Verwaltung gemacht habe und wie komplex die Problematik sei. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag um Kostenschätzungen für die Straßen „Lenastraße“, „Bahnhofstraße“ und „Breslauer Straße“ zu ergänzen. Er bittet die Verwaltung, im Hinblick auf die Haushaltsberatungen Kosten für die Parkflächenmarkierungen zu schätzen. [*Anm. der Verwaltung: Die Kosten wurden ermittelt und in der Beantwortung einer Anfrage in dieser Niederschrift genannt (TOP Ö 8.1).*]

**Ausschussvorsitzender Himmelrath, CDU,** nimmt die o.g. Ergänzung als Punkt 3 des Beschlussvorschlages auf.

**Ausschussmitglied Bergmann, FDP,** stimmt zu, dass es für die kommende Haushaltsberatung sinnvoll sei, zu wissen, wieviel die Maßnahmen auf den jeweiligen Straßen kosten würden. Ansonsten produziere man Beschlussvorschläge, die eventuell niemals umgesetzt werden könnten.